

**Protokollerklärung  
der Länder Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg,  
Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein**

zu Punkt 62 der 1046. Sitzung des Bundesrates am 5. Juli 2024

**Entschließung des Bundesrates zur Fortsetzung des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024**

Die Länder Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein geben folgende Erklärung zu Protokoll:

Im Rahmen des Digitalpakts 1.0 wurde zwischen Bund und Ländern eine Verteilung der Finanzierung durch die Länder (10 %) und des Bundes (90 %) vereinbart. Der Freistaat Sachsen erwartet von der Bundesregierung einen weiterhin angemessenen Finanzierungsanteil des Bundes für den Digitalpakt 2.0, der an die Aufteilung der Finanzierungsanteile des Digitalpakts 1.0 anknüpft. Die Kosten für die sowohl seitens des Bundes als auch der Länder als notwendig erachtete Kooperation bei der Digitalisierung des Bildungswesens dürfen nicht in unangemessener Weise auf die Länder verschoben werden.